

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Rot Sport
Großkampftag
am 12. Juli
Das Riesenprogramm
Seite 7

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern / Rund
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jung

7. Jahrgang **Dresden, Freitag den 10. Juli 1931** Nummer 135

200 Übertritte aus GUS zum KPD in Gachfen

Konferenz der GPD-Arbeiteropposition 19. Juli

Die Haltung unter den sozialdemokratischen Arbeitern und ihre Empörung gegen die SPD- und KPD-Politik wächst an. Der Abmarsch zur KPD nimmt größeren Umfang an; wir veröffentlichen heute wieder eine Anzahl Übertritte in Sachsen und im Reich. Die „linken“ SPD-Führer versuchen nach alter Methode, die Arbeiter bei der SPD zu halten; deshalb der „Wohlfahrt“ von Seidewitz und Rosenfeld.

Kommenden Dienstag soll sich der SPD-Parteivorstand damit beschäftigen: Sollmann verlangt, indem er erinnert, daß der Nationaler Verein und Kaufhaus von 1915 ohne deren Willen zur Spaltung geführt habe, am Dienstag „erste Verschlüsse“ zu beschließen. Seidewitz und Rosenfeld, daß sie unbedingt für die Einheit der Sozialdemokratischen Partei sind und rufen von dem Parteivorstand auf den Kamen herum. Einer der Seidewitzler, der sozialpolitische Redakteur des Klassenkampf, Dr. Croner, hat sich direkt von den „Linken“ losgelöst und sich offen in die Arme des Parteivorstandes gestürzt, wie die parteivorstandsbefehlerte Tageszeitung berichtet. Die fortgesetzte Volksratspolitik des SPD-Parteivorstandes und die schmachvolle Haltung der „linken“ Führer, die nicht mit den Arbeitern gehen, sondern dem Parteivorstand die Stange halten, zeigt den sozialdemokratischen Arbeitern den Weg der Einheitsfront mit der kommunistischen Partei.

Die oppositionellen SPD-Arbeiter bereiten für Gachfen eine Konferenz der SPD-Arbeiteropposition zum 19. Juli vor, die in Leipzig stattfinden wird.

In Dresden-Süd sind die SPD-Genossen Otto von Wittich und Hans Jäger, sowie fünf andere in den kommunistischen Jugendverband übergetreten. Die SPD-Gruppe Strohbrunn ist zugetreten. In den letzten Wochen sind in Gachfen 200, in Dresden 100 SPD-Mitglieder in den KPD eingetreten. Die Erklärung des Jugendgenossen Dreßler, bis vor kurzem Vorstandsmitglied der SPD Friedrichstadt, lautet:

„Ich war zwei Jahre bei den Kinderfreunden, dann über ein Jahr in der SPD und habe dort mehrere Funktionen bekleidet. Ich trat nun in den kommunistischen Jugendverband über. Dazu veranlaßten mich folgende Gründe: Schon der letzte Reichstagswahlkampf zeigte mir mit aller Deutlichkeit, daß die SPD nicht mehr marxistisch ist. Vor der Wahl sagte die SPD dem Reichstagswahlkampf die schärfste Kampagne an, nach der Wahl aber war nur sie es, die die Diktatur Brüning übernahm. Im Anfang dieses Jahres machte es die Partei nicht anders. Im März wurde der Reichstag nach Hause geschickt und 14 Stunden später brachte Brüning eine Notverordnung auf Grund Artikel 48 der Reichsverfassung heraus. Die SPD stimmte allem zu. All dies konnte mich aber noch nicht vollends überzeugen, denn ich hoffte auf die „Linken“ auf dem Parteitag. Aber der Parteivorstand der SPD hielt jedoch ein Arbeiter- und jugendfeindliches Referat und die „Linken“ kapitulierten innerhalb 4 Stunden nach dem Schluß des Parteitages vor Brüning. Brüning keine neue Notverordnung. Dieser stimmte die Partei auch zu. Der danach fortgesetzte Verrat an der Arbeiterklasse veranlaßte mich dann, dieser Partei und Jugend den Rücken zu kehren, um von nun an mit dem kommunistischen Jugendverband und der kommunistischen Partei für das alte Ziel, ein freies, sozialistisches Deutschland zu kämpfen. Ich appelliere an alle Mitglieder, den gleichen Schritt im Interesse der Arbeiterjugend und des Sozialismus zu tun.“

nicht mehr möglich, einer Organisation anzugehören, die als Filiale der SPD und des reaktionären Bürgertums die arbeitervindliche Politik einer Brüning-Regierung unterstützt und in der deshalb ein Klassenbewußter Proletarier nicht zu finden hat. Ich gehe, wie so viele Arbeiter vor mir — und sicher auch nach mir — den Weg zur einzig revolutionären Partei, der KPD.

Halle, 9. Juli.
Der Parteivorstand der Grube Rüdtenberg, Paul Busch, bisher jahrelang Funktionär der SPD, ist zur KPD übergetreten. Am Schluß seiner Erklärung heißt es:

„Vor allen Dingen den Betriebsräten der Mansfeld-Werke rufe ich zu, jetzt den Kampf zu organisieren gegen den neuen Verrat. Nur mit den Kameraden der KPD und der SPD und des Einheitsverbandes der Bergarbeiter sowie mit den Erwerbslosen gemeinsam können wir gegen das feige Scheitern ankommen. Kampf auch in den Betrieben des reaktionären und schändlichen Bergarbeiterverbandes mit der Opposition gemeinsam zur Verwirklichung des reformistischen und sozialistischen Einflusses.“

Riesenmeeting der KPD im Ausstellungspalast

Abrechnung mit der NSDAP und SPD

Die gestrige Riesenkundgebung der Kommunistischen Partei im Ausstellungspalast fand im Zeichen des härtesten Vormarsches der KPD. Zum Brechen war der gewaltige Saal gefüllt. Massen fanden keinen Einlaß wegen Überfüllung. Die Redner, der zur roten Klassenfront gekommene Nazi-Sturmliedler Genosse Wähler, Düsseldorf, der mit 100 SPD-Mitgliedern zum KPD übergetretene Genosse Fein, Wien und der Führer der sächsischen KPD, Genosse Seidemann, zeigten an Tausenden Material den Verfall der sächsischen, sozialistischen Bewegung, die Methoden des Kampfes gegen diese Stützen der Ausbeuterklasse sowie den Weg zur Befreiung vom kapitalistischen Joch.

Immer wieder wurden die Redner von sächsischen Sozialdemokraten unterbrochen. Kampfbegeisterung leuchtete aus den Augen der Massen, als der Genosse Seidemann die erfolgreichen Aktionen des Proletariats gegen Hunger und Terror in allen Teilen des Reiches schilderte. Viele der Anwesenden meldeten ihre Mitgliedschaft in die revolutionären Kampforganisationen, noch zahlreicher ihr Abonnement auf die Arbeiterstimme und das neuerlichene Wochenblatt der KPD, den Kampforganen der Werktätigen, an.

Flammende Proteste gegen das Verbot der „Roten Fahne“, dem Zentralorgan der KPD, gegen das Verbot der roten Studentengruppen und dem sächsischen Kurs an den Universitäten wurden beschossen. Ein Gelächter zur härtesten Werbung für die kommunistische Presse, zähesten täglichen Werbung und mutigen Organisation des Kampfes gegen Hunger, Volksleid, Feindschaft, für den Sozialismus, das war die Bedeutung dieser Parteiverammlung, die der Ausgangspunkt einer tausendfachen Werbung in allen Betrieben, Büros und Stempelstellen sein wird.

Der Abmarsch der trotzkigen Arbeiterkolonnen aus den Stadtteilen zu dieser grandiosen Kundgebung der kommunistischen Partei waren Demonstrationen der Kampfkraft, Organisiertheit

Gehaltsraub an Beamten u. Angestellten

Durch „Notgesetz“ erneut 5 Prozent Kürzung in Baden / 30 Mark Abbau bei der Deutschen Bank

Karlsruhe, 10. Juli

Die badische Regierung hat beschlossen, eine Notverordnung zu erlassen, wonach neben dem durch die Brüning'sche Notverordnung diktierten Gehaltsabbau noch eine weitere, besonders Gehaltskürzung von 5 Prozent für die Landes- und Gemeindebeamten Badens durchgeführt wird.

Wie verlautet, wird auch in den anderen Ländern das gleiche erzwungen!

Berlin, 10. Juli.

Die Direktion der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft hat 600 Angestellten die Kündigung zugesagt. Den gekündigten Angestellten wurde eröffnet, daß sie zum Teil weiter beschäftigt werden können, wenn sie in einen Gehaltsabbau von ca. 30 Mark monatlich einwilligen. Die Angestellten sollen einfach in eine niedrigere Tarifgruppe zuordnen werden.

So führen die Bankkapitalisten und ihre Regierungen, unterstützt von SPD und NSDAP und von den Leitungen der arbeitervindlichen Verbände, den Gehaltsraub durch. Den unteren und mittleren Beamten und Angestellten bleibt kein anderer Weg als der des gemeinsamen Kampfes mit der Arbeiterschaft unter Führung der KPD. Im Kampfe für ihre Forderungen dürfen die Beamten und Angestellten dabei auch vor der Anwendung der Waffe des Streiks nicht zurückweichen.

Die Arbeiterstimme als Organ des Volkes und damit der Beamten und Angestellten, widmet den Interessen dieser Schichten besondere Aufmerksamkeit.

Herbert Dreßler
Dresden-A 24
Güterbahnhofstr. 6, H.F.I.

Freital, 10. Juli.

Der sozialdemokratische Arbeiter Genosse aus Freital ist mit einer längeren Erklärung aus der SPD ausgetreten.

Zwickau, 9. Juli.

Der Reichsbannerkamerad Martin Redlich aus Zwickau hat dem Reichsbanner in Zwickau nachstehenden Brief geschickt: „Hierdurch erkläre ich mit sofortiger Wirkung meinen Austritt aus dem Reichsbanner Schwarzrotgold. Es ist mir

Dresden-Leuben setzt sich in Marsch!

Dresden-Leuben meldet: Wir haben neu gewonnen: 5 Abonnenten für die Arbeiterstimme, 27 Abonnenten für das Ostschlesische Volks-Echo. Ein sehr guter Anfang. Wo bleiben die anderen Zellen, Verwaltungsbezirke Dresdens und die Ortsgruppen? Ist ihnen am 29. Juni die ganze Puste ausgegangen? Das glaubt ihnen keiner. Also: täglich, hört ihr, täglich geschrieben heißt täglich gekämpft gegen die kapitalistische Presse ein. Die SPD- und Naziblätter. Meldet eure Werbenerfolge sowohl der BL als auch der Redaktion bzw. dem Verlag der Arbeiterstimme, Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2 (Fernruf 17 259).

Berlin vor dem Zusammenbruch

Finanzielle Pleite der rheinischen Gemeinden / Die Ausgeheilerten sollen verhungern

Berlin, 10. Juli. (Eig. Meldung.)

Im Berliner Stadtparlament ist es gestern kurz vor Abschluß der Sitzung zu heftigen Erklärungen gekommen. Anlässlich der Beratung der Haushaltsvorlage über die Verlängerung des Danabank-Kredits an die Berliner Verkehrs-Gesellschaft erklärte der kommunistische Stadtrat Dr. Schwenk, daß die Vorlage in wichtigen Einzelheiten unrichtig sei. Die Feststellung löste eine bis nach Mitternacht dauernde Debatte aus, in deren Verlauf Oberbürgermeister Sahm die Mittelung machte, daß Berlin vor einem neuen Zusammenbruch liege, der die katastrophale Lage vom vorigen Jahre noch weit übersteige.

Essen, 10. Juli. (Eig. Meldung.)

In Essen tagten die Leiter der rheinischen Landkreise, um zu der katastrophalen Finanzlage der rheinischen Gemeinden Stellung zu nehmen. Der Tagungsbericht bewies den völligen finanziellen Bankrott der rheinischen Gemeinden. So erklärte der Landrat von Dillenberg, daß die letzte Notverordnung keine Entlastung, sondern nur weitere Belastungen der Kommunen bedingt habe. Zum Schluß seiner Ausführungen rief er aus: „Die Lage hat sich katastrophal verschlechtert. Wenn nicht sofort Hilfe kommt, werden einige besonders belastete Kreisverbände bereits in nächster Zeit ihre Zahlungen an die Wohlfahrtsempfänger einstellen müssen!“

Den Ausweg sieht nur die KPD: Laut ihrem Arbeitsbeschäftigungspoln Arbeit für die Erwerbslosen, finanziert durch Besteuerung der Millionäre, Kürzung der hohen Pensionen, Steigerung der Heeres- und Polizeiausgaben und Kampf für die soziale und nationale Befreiung für ein Sowjetdeutschland.

Neue Kurzurgänge und Devisenverlun

Auf der gestrigen Berliner Börse setzten sich die Kurzurgänge der Aktienmärkte fort. Die Papiere fielen durchschnittlich um 2 bis 4 Prozent. Die Nachfrage nach Devisen erhöhte sich. Die Reichsbank gab an Devisen über 30 Millionen ab.